



One Country – One Voice?

Die Strategie der philippinischen Regierung mit Blick auf den Zugang zu Europas Märkten

Joseph Purugganan

Die Philippinen werden in den nächsten Jahren als Handelspartner für die Europäische Union an Bedeutung gewinnen. Die EU möchte vom anhaltenden Wirtschaftswachstum und steigenden Investitionen profitieren. Handelspräferenzen wurden bereits gewährt, ein bilaterales Freihandelsabkommen soll folgen. Die Philippinen wollen dabei gegenüber Europa mit einer Stimme sprechen.

Nach einer zehnmonatigen Kampagne sind die Philippinen erfolgreich dem Generalized System of Preference (GSP+) der Europäischen Union beigetreten. Das GSP+ Programm ist ein Instrument der europäischen Entwicklungspolitik, bei dem die EU Importzölle gegen Länder, die nach bestimmten ökonomischen Interessen ausgewählt werden, einseitig fallen lässt, um die dortige (Export-)Industrie anzukurbeln. Die Mitgliedschaft hilft der philippinischen Regierung bei der strategischen Auseinandersetzung mit Europa, die aber darüber hinausgehen soll – erste Gespräche über ein Freihandelsabkommen laufen.



GLOBAL SOUTH



Handelsabkommen bedrohen die Zukunft vieler Menschen
© Chalernsak Kittittrakul/FTA Watch

Die philippinische Regierung ist entschlossen ein größeres Stück vom europäischen Markt abzubekommen und setzt auf eine dreiteilige Strategie. Hierzu zählen die Verhandlungen über die Aufnahme in das GSP+ Programm, Verhandlungen über ein EU-Philippinen Freihandelsabkommen und Verhandlungen über ein Abkommen zwischen den Philippinen und EFTA (Norwegen, Lichtenstein, Schweiz und Island). Der philippinische Export in die EU betrug schätzungsweise 5,2 Milliarden US Dollar im Jahr 2012, und ist somit einer der niedrigsten in Südostasien. Die Philippinen rangieren mit lediglich 0,3 Prozent des EU-Marktes am unteren Rand der Länder (Platz 45), die in die EU exportieren.¹

ASEAN Nachbarländer sind in den Gesprächen über Freihandelsabkommen (FTA) deutlich aktiver. Die meisten FTAs schlossen die Philippinen mit ASEAN-Ländern, dazu kommt lediglich ein bilaterales FTA mit Japan.

Das zentrale Ziel mit Blick auf Europa, basiert auf der philippinischen Strategie, einen besseren Zugang zu dem großen, aber zerbrechlichen und instabilen europäischen Markt zu gewinnen.

Generalized System of Preferences (GSP+)

GSP ist die Zollpräferenzregelung für Exportgüter von Entwicklungsländern in die EU. Es bietet reduzierte Zollsätze in Höhe von 66 Prozent der Zolltarifpositionen für Exporte aus Entwicklungsländern. Das GSP+ Programm wurde von der EU einer Untersuchung unterzogen und dahingehend aktualisiert, sich auf die Entwicklungsländer, die noch in der Notwendigkeit dieser Präferenzen sind, zu konzentrieren. Eine Reihe von Ländern, die ein gewisses Niveau an Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben, um im Welthandel zu bestehen, scheidet aus dem GSP-Programm aus – so verringert sich die Zahl der GSP-Berechtigten von 176 auf 89.

Bedingung für Aufnahme in das GSP+ Programm und die Bewilligung der Präferenzen ist die Ratifizierung und die Umsetzung der 27 internationalen Übereinkommen über Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung. Die Philippinen haben bereits alle Übereinkommen ratifiziert, müssen jedoch beweisen, dass diese Verpflichtungen im Rahmen der Übereinkommen wirklich umgesetzt werden.

Die aktuelle Regierung formuliert ein starkes Argument für GSP+. Zunehmender Handel sei der Garant für die Aufrechterhaltung des philippinischen Wirtschaftswachstums.

Laut Adrian Cristobal, Jr., Hauptverhandlungsführer für den Handelsbereich, ist »die EU GSP+ Privilegierung ein Game Changer für uns, wodurch Hunderttausende von Arbeitsplätzen auf dem Land und in Katastrophengebieten kurz- und mittelfristig geschaffen werden. Es ergänzt unsere Wachstumsstrategie sowie unsere Wiederaufbaumaßnahmen in den Gebieten, die im vergangenen Jahr von den Auswirkungen des Taifuns Haiyan stark betroffen waren.«

GSP+ würde zwei Drittel der philippinischen Produkte (66 Prozent) abdecken, was bedeutet, dass rund 6,275 Produkte aus den Philippinen zollfrei in den EU Markt exportiert werden können.

Die Regierung schätzt, dass GSP+ Präferenzen die philippinische Exporte in die EU um zwölf Prozent steigern würden, was eine Erhöhung des Exportumsatzes von rund 611 Millionen US Dollar bedeutet. GSP+ Präferenzen würden laut Regierungsangaben auch 267.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Spanne der laufenden Zollsätze hin zu GSP-Bestimmungen ist für bestimmte Sektoren wie Bekleidung und Textilien sowie Fischerei (insbesondere Thunfisch) sehr hoch.

Das philippinische Handelsministerium (Department of Trade and Industry, DTI) erachtet die GSP+ Bestimmungen als wichtig, aber nicht ausreichend, da die Vorzüge im Rahmen des Programms nicht dauerhaft sind. Ferner zeigt die Gewährung der Präferenzen, dass die philippinischen Exporte noch nicht ein gewisses Niveau an Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben. Als Ziele werden das Erreichen dieses wettbewerbsfähigen Niveaus und letztendlich der Austritt aus GSP+ gesehen.

Laut dem Trade Assistant Secretary for Policy, Ceferino Rodolfo, sei »GSP+ keine dauerhafte Vereinbarung. Es wird nur für zehn Jahre laufen.« Daher sind weitere Anstöße für Gespräche über ein Freihandelsabkommen sowohl mit EU und EFTA eine Möglichkeit, dauerhafte Handelspräferenzen zu sichern.

Ein Beispiel dafür ist Thailand, deren GSP-Präferenzen im Jahr 2014 ausliefen. Der Austritt aus GSP hat sich zum Hauptmotiv der Regierung Thailands entwickelt, FTA-Gespräche mit der EU abzuschließen.



Freihandelsabkommen EU – Philippinen

Die zweite Strategie ist es, Gespräche über ein Freihandelsabkommen zu führen, welche die Regierung als Teil ihrer Bemühungen sieht, Handelspräferenzen dauerhaft zu sichern.

Im Jahr 2007 startete die EU ursprünglich die EU-ASEAN Freihandelsgespräche als Verhandlungen zwischen Regionen. Dies war eine Vorgehensweise, um die Asymmetrien in Südostasien besser ansprechen zu können.

2010 jedoch wich dieser regionale Ansatz einer bilateralen Vorgehensweise. Die EU beklagte vor allem den Fehlenden Einsatz für umfassende Abkommen seitens einiger ASEAN-Staaten.

Bilaterale Gespräche mit Singapur begannen im Januar 2010, der Auftakt mit Malaysia folgte im Oktober. Vietnam war das dritte ASEAN-Mitglied, das im Juni 2012 Handelsgespräche mit EU startete. Im Februar 2013 folgten die Gespräche mit Thailand. Die Philippinen und Indonesien sind die beiden Länder, die sich bisher noch in den Startlöchern befinden. Ein EU-Bericht aus dem Jahr 2013 bescheinigte den Philippinen, für FTA-Gespräche noch nicht bereit zu sein.

Allerdings finden längst informelle Gespräche zwischen den beiden Seiten statt. Laut DTI sind

Vorverhandlungen und technische Beratungen, basierend auf einem sechs- bis achtseitigen Diskussionspapier, in vollem Gange. Dieses Diskussionspapier definiert die allgemeine Elemente, die Hauptkapitel und Kurzbeschreibungen, die die grundsätzlichen Standpunkte beider Parteien darlegen.

Vier Anliegen sind aus diesen bisherigen Gesprächen hervorgetreten:

1. Öffentliches Beschaffungswesen
2. Geistige Eigentumsrechte
3. Wettbewerbspolitik
4. Dienstleistungen und Investitionen

Philippinen – EFTA Abkommen

Die Philippinen suchen Gespräche über Handelsabkommen ebenfalls mit den EFTA-Staaten (European Free Trade Association, zusammengesetzt aus Norwegen, Schweiz, Island, Liechtenstein). Eine *Joint Declaration on Cooperation (JDC)* zwischen EFTA und den Philippinen, die den Weg zu formellen FTA Verhandlungen sichert, wurde im Juli 2014 unterzeichnet.

Das EU-Philippinen FTA-Netzwerk äußerte im Vorfeld starke Bedenken, dass die JDC ein Vorspiel zu einem ehrgeizigen FTA sei, welches sich

Diskussion über
Wirtschaft und
Menschenrechte
in der Menschen-
rechtskommission
© Joseph
Purugganan

nachteilig auf philippinische wirtschaftliche Interessen auswirkt.

Das Netzwerk äußert Bedenken, dass die philippinische Regierung die umfassende Liberalisierung im Land weiterführt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der heimischen Exportwirtschaft, wie Fischerei- und andere Meeresprodukte, pharmazeutische Produkte und Dienstleistungen, die mit großem Interesse auf die EFTA-Staaten blicken. Dies geschehe ohne der Öffentlichkeit eine klare Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, vor allem für stark gefährdete Gruppen wie Kleinfischer und Arbeiter.

Nach einer ersten Gesprächsrunde in Manila übergab das NGO-Netzwerk ein formelles Dokument an die philippinische Regierung, in dem es wiederholt seine Bedenken in Bezug auf die Implikation eines ehrgeizigen Abkommens mit EFTA äußerte.²

Das Netzwerk betonte, dass das EFTA-Abkommen sich überwiegend auf deren Wirtschaftsinteressen, hier vor allem auf industrielle und landwirtschaftliche Produkte sowie den Dienstleistungssektor konzentrieren und deutlich kürzer greifen als Freihandelsabkommen der »neuen Generation«, die weit über den Handel mit Waren und Zollabsenkungen hinaus gehen. Aber auch die EFTA-Abkommen wurden in den letzten Jahren deutlich umfassender.

EFTAs Freihandelsabkommen mit Hong Kong aus dem Jahr 2011 deckt neben dem Handel von Waren und Dienstleistungen außerdem weitreichende Bestimmungen zu Investitionen und anderen, handelsbezogenen Fragen, wie beispielsweise dem Schutz des geistigen Eigentums, ab.

Darüber hinaus plant EFTA ein Upgrade der bestehenden Abkommen, das neue Tendenzen der internationalen Handelspolitik aufgreift und so strengere Regelung des geistigen Eigentumsrechts und einen stärkeren Investitionsschutz, inklusive der umstrittenen Staat-Konzern Klagerechte, vorsieht.

Das EU-ASEAN FTA Network zeigt sich besorgt,

- dass die philippinische Regierung die umfassende Liberalisierung im Land weiter vorantreibt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der heimischen Exportwirtschaft, wie Fischerei- und andere Meeresprodukte, pharmazeutische Produkte und Dienstleistungen, die in Europa gefragt sind. Dies geschehe ohne der

Öffentlichkeit eine klare Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, vor allem für stark gefährdete Gruppen wie Kleinfischer und Arbeiter.

- dass die EFTA Handelsgespräche die Türen für mehr und tiefere wirtschaftliche Zugeständnisse im Rahmen der ehrgeizigen neuen Generation von Freihandelsabkommen öffnen und wenig Rücksicht darauf genommen wird, welche wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen damit einhergehen.
- dass ein Abkommen mit EFTA zu einem restriktiven Schutz geistiger Eigentumsrechte nach dem TRIPS+ Regime führt, welches großen Pharmaunternehmen den Zugang in den Philippinen erleichtert und starken IPR-Schutz verankert.
- dass das Investitionskapitel im Abkommen die hoch umstrittenen Investor-Staat Klagerechte (Investor-State Dispute Settlement, ISDS) enthält, die das Land der Gefahr aussetzen, kostspielige Investitions-Rechtsstreitigkeiten auszutragen. Der Fall der Schweizer Prüfstelle SGS ist beispielhaft für die Gefahren des ISDS. Im Jahr 2008, nach einem langwierigen Rechtsstreit, stimmte die philippinische Regierung zu, dem Schweizer Unternehmen 147,6 Millionen US Dollar zu zahlen. Eine ISDS Verordnung im Handelsabkommen mit EFTA ist eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung und könnte zukünftig zu weiteren teuren Rechtsstreiten führen.
- dass die Europäische Union bald nach EFTA folgen wird, um zumindest die gleichen Zugeständnisse seitens der Philippinen zu bekommen wie EFTA – und noch viel mehr.³

Öffentlicher Widerstand _____

Ein Netz von sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft unter dem Dach der EU-ASEAN-FTA-Kampagne gründete sich, um der Regierung bei Verhandlungen mit der EU auf die Finger zu schauen und kritisch zu begleiten.

In den letzten sieben Jahren führte das Netzwerk in den Philippinen öffentliche Diskussionsveranstaltungen durch und etablierte sich als regionales und nationales Forum, um Sorgen und Ängste im Rahmen der Verhandlungen zu kanalisieren. Bezogen auf die Verhandlungen eines EU-Philippinen Freihandelsabkommens formuliert das Netzwerk drei Hauptanliegen.



Das Freihandelsabkommen wird die Entwicklungsasymmetrien und die hohe Ungleichheit in der Region verschärfen —

Beim Drängen der EU auf ein umfassendes, ehrgeiziges sowie bilateral abgeschlossenes Abkommen müssen bestehende Asymmetrien in der Region berücksichtigt werden. Ländern wie Singapur, Brunei und bis zu einem gewissen Punkt auch Malaysia – mit hohem Pro-Kopf-Einkommen – stehen weniger entwickelte Ländern wie Kambodscha, Laos und Myanmar entgegen.

Unter Hinweis auf die weiter wachsende Ungleichheit in der Region argumentiert das Netzwerk, dass Länder wie Singapur durch Freihandelsabkommen stark profitieren können. Dies gilt insbesondere für dessen Unternehmenssektor, der die entstehenden Vorteile auf Kosten der Menschenrechte und der Umwelt erlangt. Darüber hinaus besteht die große Sorge, dass Vereinbarungen, wie sie im ambitionierten EU-Singapur Freihandelsabkommen enthalten sind – wie das ehrgeizige Investitionsschutzkapitel –, als Vorlage für ein Handels- und Investitionsabkommen mit den Philippinen dienen.⁴

Die Vorteile eines Abkommens basieren auf falschen Versprechungen und Annahmen —

Beim Blick auf die Handelsbilanz der letzten sieben Jahre (oder seit der Wirtschaftskrise) zeigt sich, dass die EU-Importe aus den Philippinen negative Wachstumsraten aufweisen – mit Ausnahme der Jahre 2010 und 2011, in denen sich eine deutliche Verbesserung gegenüber der 31,1 Prozent Minderung im Jahr 2009 (ein Jahr nach der Krise) einstellte. In Wirklichkeit bedeutet dies, dass das Versprechen rund um das Freihandelsabkommen, die Kapazität des EU-Marktes ließe verstärkte Ausfuhren aus den Philippinen zu und könne diese aufnehmen, ernsthaft in Frage gestellt werden muss.

Ernsthaft untersucht werden muss außerdem, wie es um die Fähigkeit der Philippinen steht, Exporte auf den EU-Markt zu steigern und welche Auswirkungen ein Freihandelsabkommen realistischer Weise auf diese Fähigkeit hätte. Die Philippinen rangieren am unteren Ende (Platz 45) der Länder, die in die EU exportieren – philippinische Exporte machen nur 0,3 Prozent des EU-Marktes aus. Bedenkt man, dass rund 65% der philippin-

No to Unfair Trade!
© philippinenbüro
e.V.

nischen Exporte in die EU bereits von Zollfreiheit auf Meistbegünstigungsbasis profitieren, darf die Bedeutung eines Freihandelsabkommens nicht überbewertet werden.

Das diskutierte Freihandelsabkommen ist eines der »neuen Generation«, das umfassende Verpflichtungen beinhaltet _____

Drei Hauptthemen unterstreichen die wahre Natur dieser Vereinbarung: (1) Rechte an geistigem Eigentum und die Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheitsversorgung und den Zugang zu Arzneimitteln; (2) erhöhten Investitionsschutz und die Auswirkungen auf den politischen Handlungsspielraum; und (3) die Auswirkungen der gestiegenen Exporte der Fischerei auf die Lebensgrundlage von Kleinfischern und Nachhaltigkeit unserer Meeres- und Küstenressourcen.

(1) Geistige Eigentumsrechte _____

Es besteht eine reale Bedrohung, dass ein EU-Philippinen Freihandelsabkommen Bestimmungen über Rechte an geistigem Eigentum beinhaltet, die den Zugang der Menschen zu Gesundheitsversorgung und Medikamenten erschwert.

Eine sehr restriktive Regelung der geistigen Eigentumsrechte würde sich gegen das philippinische »Cheaper Medicines Law«⁵ stellen und Bemühungen der Regierung untergraben, ein allgemeines Recht auf Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Ähnliche Warnungen kommen vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem UNAIDS-Programm, das sich stark gegen die TRIPS+ Bestimmungen in Freihandelsabkommen und deren Auswirkungen auf öffentliche Gesundheitsversorgung ausgesprochen haben. Laut UNAIDS sollten Länder es auf jeden Fall vermeiden, Handelsabkommen mit enthaltenen TRIPS+ Bestimmungen abzuschließen, die Auswirkungen auf Preise und den Zugang zu Medikamenten haben.⁶

In den Philippinen, wo Gesamtausgaben im Gesundheitsbereich weniger als 4 Prozent des BIP ausmachen, tragen private Haushalte die Hauptlast der Ausgaben für ihre gesundheitlichen Bedürfnisse. Private out-of-pocket (OOP) Ausgaben machen 56 % der gesamten Gesundheitsausgaben aus.⁷

Eine restriktive Regelung der geistigen Eigentumsrechte, die in irgendeiner Weise die Produk-

tion und Vermarktung von erschwinglichen Generika gefährdet, stellt eine große Gefahr für die eine bereits problematische Gesundheitssituation in den Philippinen dar.

(2) Investitionsschutz (ISDS) _____

Ein weiteres wichtiges Thema ist das Investitionskapitel in Freihandelsabkommen, die von der EU abgeschlossen und vorangetrieben werden. Die Regelungen bieten Unternehmen weitreichenden Schutz und Rechte – inklusive der Möglichkeit Staaten aufgrund bestimmter Richtlinien und Vorschriften zu verklagen.

Es herrscht auf Seiten der philippinischen Zivilgesellschaft tiefe Besorgnis darüber, dass die Europäische Union die Investor-Staat Klage Mechanismen als integralen Bestandteil von Freihandelsabkommen mit ASEAN-Staaten betrachtet.

Es gibt zwei bekannte Investitionsschiedsverfahren vor dem International Centre for Settlement of Investment der Weltbank, bei denen bereits die Interessen der Philippinen denen von europäischen Unternehmen gegenüberstanden. Neben den Millionen-Dollar-Forderungen der Unternehmen, bildet allein die Prozessführung eine große Belastung für die philippinischen Steuerzahler.

Das deutsche Unternehmen Fraport hat die Philippinen zweimal wegen des Rücktritts eines Vertrags über den Bau eines neuen Flughafenterminals verklagt. Die Klage gegen den philippinischen Staat wurde vor dem Internationalen Streit-schlichtungsgremium der Weltbank (ICSID) eingereicht. Beide Fälle verlor Fraport vor dem ICSID. Die Kosten der Prozessführung beliefen sich auf Seiten der Philippinen aber auf rund 50 Millionen US-Dollar – finanzielle Ressourcen, die sinnvoller für dringende Bedürfnisse wie den Katastrophenschutz oder öffentliche Bildungs- und Gesundheitsprogramme hätten genutzt werden können.

(3) Fischerei _____

Bezüglich des Warenhandels weisen Berichte des Philippine Institute for Development Studies (PIDS), einem Think-Tank der Regierung, den Thunfischfangsektor als Gewinner eines Freihandelsabkommens aus. Die Berichte stellen allerdings auch fest, dass Kleinfischerei negativ betroffen wäre. Dies wird vor allem auf die im Zuge eines Freihandelsabkommen steigenden Exporte von Thunfisch in

die EU und den damit einhergehende Verschlechterung der Ressourcenbasis begründet.

Im Fischereisektor erhöht die Europäische Union außerdem den Druck auf die Philippinen, deren Bestimmungen gegen Illegal, Unreported, and Unregulated (IUU) Fishing auszudehnen und zu verbessern. Die Gesetzte der Philippinen sollen sich hier in Zukunft stärker an den Vorgaben der EU orientieren.

Zusammenfassung

Die philippinische Regierung hat weiterhin die Absicht ein Freihandelsabkommen mit der EU zu schließen. Sie hat einen Beteiligungsmechanismus eingerichtet, der sich One Country – One Voice nennt, in erster Linie Exporteuren eine Plattform gibt und eher in ihrem Interesse die Tagesordnung gestaltet, als auf die Anliegen der Zivilgesellschaft zu hören. Dieser Mechanismus hat sich als Reaktion auf Forderungen der Zivilgesellschaft bereit erklärt, Analysen über soziale Auswirkungen auf drei kritische Bereiche herzustellen, nämlich: öffentliche Gesundheit, Fischerei und Beschäftigungsstrukturen. Die Vorschläge für Analysen über soziale Auswirkungen bemühen sich um einen an Rechten orientierten Ansatz und einen konsultativen Prozess. Leider ist dieser Prozess bisher nicht in Kraft getreten. Nach den jüngsten Ankündigungen der Regierung über einen erwarteten Gesprächsbeginn Mitte 2015 steht nun zu befürchten, dass diese Analysen über die sozialen Auswirkungen übereilt stattfinden oder sogar gänzlich entfallen.

Als problematisch für die Verhandlungen anzusehen ist die recht ungenaue Sprache im Papier über Reichweite und Umfang eines Abkommens. Die philippinische Regierung sollte auch die

Absicht der EU und die in anderen Freihandelsabkommen und Vereinbarungen vorgeschlagenen Standards untersuchen und sich dazu positionieren. Beispielsweise sollte sie – selbst wenn es in den Vorverhandlungen noch nicht um Rechte an geistigem Eigentum und öffentliche Gesundheit geht – anhand ähnlicher Freihandelsabkommen mit Indien, Korea und Singapur darauf vorbereitet sein, dass die EU auf erweiterte handelsbezogene Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS+) drängen und eine starke Verhandlungsposition dazu vorbereiten wird. Die Durchführung von Analysen über die Auswirkungen in den Bereichen der Rechte an geistigem Eigentum und der öffentlichen Gesundheit ist hier ein Schritt in die richtige Richtung.

Anmerkungen

- 1 EU-Philippines Trade and Investment Fact File 2013.
- 2 Position paper on Philippine-EFTA FTA Negotiations by EU-ASEAN FTA Campaign Network. Submitted to the Department of Trade and Industry on 23 April 2015.
- 3 Foreboding Joint Declaration between the Philippines and EFTA. Statement by the EU-ASEAN FTA Campaign Network. 4 July 2014. <<http://focusweb.org/content/foreboding-joint-declaration-between-philippines-and-eu-free-trade-association>>
- 4 Position paper of the EU-ASEAN FTA Network-Philippines. December 2014.
- 5 Republic Act 9502 auch bekannt als »Universally Cheaper and Quality Medicines Act of 2008.«
- 6 The Potential Impact of Free Trade Agreements on Public Health | UNDP, UNAIDS. 2012.
- 7 From Philippine National Health Accounts as cited in the Joint Position Paper: Defend The Right To Health And Access To Affordable Medicines! No To Trips Plus Provisions In Bilateral FTAs! by the EU-ASEAN FTA Network, Medicines Transparency Alliance (MeTA) Philippines, Inc., Coalition for Health Advocacy and Transparency (CHAT), Ayos na Gamot sa Abot-Kayang Presyo (AGAP) Coalition. 2011





Impressum

© Köln, Juli 2015

Autor: Joseph Purugganan

Er ist Program Officer bei Focus on the Global South in Manila und Koordinator des EU-ASEAN FTA Networks.

Gesamtausstattung:

Klartext Medienwerkstatt, Essen

<www.k-mw.de>

Redaktion:

Jan Pingel

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das philippinenbüro e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Demo des EU-ASEAN FTA Networks am Global Day of Action against FTAs. 17 April 2015.
© Joseph Purugganan

Kontakt:

Ein Projekt des

philippinenbüro e.V. in Kooperation mit dem EU-ASEAN FTA Network und Focus on the Global South
Hohenzollernring 52

50672 Köln

Deutschland/Germany

Tel.: +49-(0)221-71 61 21-21

Fax: +49-(0)221-71 61 21-10

<www.asienhaus.de>

<philippinenbuero@asienhaus.de>

Gefördert durch Engagement Global im Auftrag des BMZ

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



Mit finanzieller Unterstützung des BMZ

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung